

nur zur Finanzierung einer einmaligen Blümchenschau gedacht. Mit einem intelligenten Nachnutzungsprozess wird es nun gelingen, das Interesse der Gäste für weitere Jahre wachzuhalten und touristisch zu nutzen. Das ist es, was Brandenburg an der Havel, Rathenow, Stöln, Premnitz und Havelberg jetzt brauchen. Das, was sie bestimmt nicht brauchen, ist Ihr Antrag. Der ist unausgewogen und überflüssig. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall SPD, DIE LINKE und der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE])

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Debatte mit der Abgeordneten Richstein fort. Sie spricht für die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU):*

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vorab erst einmal feststellen, dass - unabhängig vom Geld - die Bundesgartenschau 2015 Havelregion ein voller Erfolg war. Ich zitiere hier auch gern Frau Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann, die gesagt hat, dass die BUGA nicht nur die Region zusammenwachsen ließ. Sie hat sie bekannter gemacht. Viele Menschen sind zum ersten Mal in die Havelregion gekommen. Die Investitionen von ca. 100 Millionen Euro haben sich durchaus gelohnt und sie werden auch dauerhaft positiv für die Region wirken.

Ich möchte Dank an die Städte und Gemeinden sagen, die diese Aufgabe auf sich genommen haben, aber auch an die vielen unzähligen Brandenburgerinnen und Brandenburger, die in dieser Region den Anreiz der BUGA aufgegriffen und auch privat investiert haben, indem sie ihre Grundstücke und Gärten verschönert haben.

Herr Vida, mit Ihrem Antrag haben Sie - zumindest in der Begründung - nicht Recht, wenn Sie meinen, dass die Landesregierung die BUGA von Anfang an als Landesprojekt darstellt und gefördert hätte. Die Landesregierung war am Anfang sehr skeptisch. Das können Sie schon an der Beantwortung der mündlichen Anfrage aus dem Jahr 2007 durch die Staatssekretärin erkennen, die damals gesagt hat, dass das Bewerbungskonzept der Havelregion von den meisten Ressorts der Landesregierung aus inhaltlicher und finanzieller Sicht kritisch gesehen werde. Oder lesen Sie eine Protokollnotiz des Kabinetts vom November 2008 - dort steht:

„Zur weiteren Bearbeitung bittet der Ministerpräsident, insbesondere die Kommunen anzuhalten, Vorsorge zu treffen, dass sie Defizite aus der Durchführung alleine zu tragen haben.“

Letztlich kam aber die finanzielle Zusage, und das Projekt konnte realisiert werden.

Es sind nicht nur 45 Millionen Euro aus Landesmitteln, wie Sie sagten, Herr Lüttmann, sondern der Ehrlichkeit halber sollten wir sagen: Es sind Bundesmittel, Mittel der Europäischen Union und des Landes Brandenburg. Letztendlich kommt auch noch ein zweistelliger Millionenbetrag aus Sachsen-Anhalt hinzu.

Wir wissen aus der Erfahrung - die BUGA 2015 war nicht die erste in Brandenburg, und wir hatten schon unzählige Landes-

gartenausstellungen im Land -, dass es immer zu finanziellen Risiken kommen kann. Das war auch den Veranstaltern bewusst. Aber sie haben auch den Vorteil, dass sie nachhaltige Investitionen in ihrer Region haben, die durchaus noch nutzbar sind und hoffentlich noch Gelder einspielen.

Gleichwohl sollte geprüft werden, ob das Land anteilig Defizite übernehmen kann. Wie schon gesagt wurde, kommt die Schlussrechnung erst im nächsten Jahr. Allein die Übernahme aller Defizite der brandenburgischen Kommunen ist aus unserer Sicht utopisch und nicht sachgerecht. Da wir aber grundsätzlich meinen, dass ein Anteil gezahlt werden sollte, werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Debatte fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Ludwig für die Fraktion DIE LINKE.

Ludwig (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Diskussion zu diesem Antrag sollte nicht das Bild entstehen, die BUGA sei kein Erfolg gewesen. Ich will mich da in den Chor einreihen.

(Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Danke!)

Ich bin zwar nicht der Touristiker unserer Fraktion, aber was dort an Besucherinnen und Besuchern für diese zum Teil unentdeckte Region generiert werden konnte, hat die Region weitergebracht - nicht nur zusammengeführt, und das wurde auch nach außen kommuniziert. Das ist im besten Sinne nachhaltig für die Region.

Ja, Herr Vida, wir machen uns gemeinsam Sorgen über ein mögliches Defizit, genauso wie wir uns gemeinsam gefreut haben. Dabei wird es auch bleiben. Allerdings gibt es noch gar kein Defizit, weil es noch keine Gesamtrechnung gibt. Sollte, obwohl noch nie so viele Menschen in der Region unterwegs waren und noch nie so viel Geld in dieser Region ausgegeben haben, saldiert ein Defizit bleiben, muss man schauen, wie man dann damit umgeht. Aber auch diese Steuerrechnungen liegen noch nicht vor. Deswegen ist es für eine Entscheidung des Parlaments über eine mehrstellige Millionensumme doch etwas zu dünn, heute plakativ von einem 10-Millionen-Loch zu sprechen.

Sollte tatsächlich ein Defizit vorliegen, gibt es in Brandenburg das von Herrn Lüttmann angesprochene Instrument des Ausgleichsfonds. Dieser Fonds wird in der Haushaltsplanung im nächsten Jahr so gefüllt sein, dass man helfen kann, wenn Kommunen wegen eines solchen Defizits, das saldiert angeschaut werden muss, in Not geraten würden. Niemand wird mit den Lasten einer solchen Bundesgartenschau, die man für die Region übernommen hat, alleingelassen, wenn man in Not ist. Das müssten wir uns aber erst anschauen. Ich teile Ihre Auffassung nicht, dass das alles heute schon feststeht.

Die Region hat durch die Bundesgartenschau auch an Leistungskraft gewonnen. Warten wir erst alle Steuererklärungen ab und schauen wir, wie die Haushalte der Kommunen dann insgesamt aussehen.